



BASis Info 6/2023

Neues von der Duisburger SPD-Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas

Foto: photothek

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Corona-Pandemie und die demografische Entwicklung haben die Kosten in der Pflegeversicherung in den letzten Jahren ansteigen lassen. Wir haben daher nun das Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz beschlossen, um pflegebedürftige Menschen sowie ihre Angehörigen finanziell zu unterstützen.

Konkret erhöhen wir das Pflegegeld und die Pflegeleistungen ab 2024 jeweils um fünf Prozent. 2025 werden alle Leistungen dann um 4,5 Prozent erhöht, ab 2028 steigen sie entsprechend der Inflation. Wer Angehörige pflegt, kann das Pflegeunterstützungsgeld, eine Lohnersatzleistung der Pflegeversicherung für bis zu zehn Tage während einer akut aufgetretenen Pflegebedürftigkeit, länger in Anspruch nehmen. Ab dem 1. Juli 2025 wird für alle ein gemeinsamer Jahresbetrag für Verhinderungs- und Kurzzeitpflege eingeführt. Für Eltern von Kindern und Jugendlichen unter 25 Jahren, die eine schwere Behinderung haben, wird dieses Entlastungsbudget bereits ab 2024 eingeführt. Außerdem begrenzen wir die Eigenanteile von Pflegebedürftigen in Heimen.

Wir müssen die Pflegeversicherung aber auch weiter stabilisieren. Deshalb steigt der Beitragssatz ab Juli 2023 leicht um 0,35 Prozentpunkte an – also von derzeit 3,05 auf 3,4 Prozent des Bruttolohns. Kinderlose zahlen einen Zuschlag. Bei zwei bis fünf Kindern wird der Beitrag bis zum 25. Lebensjahr

der Kinder um 0,25 Punkte je Kind abgesenkt. Ein Beispiel: Eine Familie mit drei minderjährigen Kindern zahlt künftig 2,90 Prozent, also weniger als bisher. Wenn die Kinder aus dem Haus sind, zahlen die Eltern wieder dauerhaft 3,4 Prozent – und damit weniger als Kinderlose, für die der Zuschlag von 0,6 Beitragssatzpunkten gilt.

Ein anderes Vorhaben ist mir besonders wichtig: Mit der von Hubertus Heil geplanten Ausbildungsplatzgarantie wollen wir für alle jungen Menschen den Zugang zu einer vollqualifizierenden Berufsausbildung sicherstellen – und zwar mit einem gesetzlichen Rechtsanspruch. Das entsprechende Gesetz zur Stärkung der Aus- und Weiterbildungsförderung wird derzeit im Bundestag beraten. Wie wichtig dieses Vorhaben ist, zeigen leider auch die Zahlen aus dem Berufsbildungsbericht 2023, der in der vergangenen Woche Thema im Bundestag war. Während zehntausende Ausbildungsplätze unbesetzt bleiben, steigt die Zahl junger Menschen ohne jede Berufsqualifikation auf über 2,6 Millionen. Auch werden weiter deutlich zu viele Ausbildungen vorzeitig abgebrochen. Die Ausbildungsplatzgarantie setzt an der richtigen Stelle an: Sie holt Jugendliche ab, die eine Ausbildung machen wollen, verbessert ihre Möglichkeiten für eine betriebliche Ausbildung und hilft uns allen im Kampf gegen den Fachkräftemangel.

Herzliche Grüße
Bärbel Bas



160 Jahre Sozialdemokratische Partei Deutschlands

In der vergangenen Woche wurde die SPD 160 Jahre alt. Am 23. Mai 1863 wurde der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein, der später zur SPD wurde, gegründet. Die SPD ist damit die älteste und traditionsreichste Partei Deutschlands – und sie ist meine Partei. Was uns Mitglieder verbindet, ist das Streben nach Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Und das Ziel, unsere Gesellschaft sozialer und gerechter zu machen. Daran arbeiten wir seit 160 Jahren. Vieles, was heute selbstverständlich erscheint, haben wir so in über eineinhalb Jahrhunderten erkämpft: die gesetzliche Rente, die gesetzliche Krankenversicherung, das Frauenwahlrecht, den Acht-Stunden-Tag, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, die Mitbestimmung, den Mindestlohn und noch vieles mehr.

Ganz klar ist für mich: Jede Generation steht vor ihren eigenen Herausforderungen, die sie bewältigen muss. Für jede Generation aber gilt: Wenn man sich dabei zusammenschließt und gemeinsam für ein Ziel kämpft, ist man erfolgreicher. Das ist auch meine Erfahrung. So hat auch mich mein Engagement für starke Arbeitnehmerrechte als Betriebsrätin bei der DVG 1988 in die SPD geführt.

Gerade als Gewerkschafterin und als Frau weiß ich, dass gesellschaftliche Veränderungen und Rechte hart erkämpft werden müssen. Unsere Gesellschaft und unsere Demokratie stehen derzeit vor großen Herausforderungen. Es stimmt mich zuversichtlich und hoffnungsvoll zu wissen, dass sich so viele engagierte Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten tagtäglich ehrenamtlich vor Ort und in den Parlamenten für eine starke Demokratie und Frieden, für Bildungs- und Chancengerechtigkeit, für gute Arbeitsbedingungen sowie für Gleichberechtigung und gegen Diskriminierung jeglicher Art einsetzen. Dafür bin ich sehr dankbar.

Der Einsatz der SPD und ihrer Mitglieder für Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit ist so aktuell und wichtig wie eh und je. Es hat sich gezeigt, es ist immer besser für unser Land, wenn die SPD regiert, denn Fortschritt braucht Gerechtigkeit. Wir blicken stolz zurück auf viele Momente, die die Verdienste der SPD für unser Land deutlich machen.

Große historische Verdienste

Ein Beispiel: Die Rede von Otto Wels, mit der er sich im März 1933 gegen die Verabschiedung des nationalsozialistischen Ermächtigungsgesetzes stellte. Dieses besiegelte das vorläufige Ende des Parlamentarismus und der freiheitlichen Demokratie in Deutschland. Es war der Ausgangspunkt der zwölfjährigen Nazi-Schreckensherrschaft.

In seiner Rede bekannte er sich stellvertretend für die gesamte SPD-Fraktion zu Menschlichkeit, Gerechtigkeit und Demokratie - und das zu einem Zeitpunkt an dem schon viele Abgeordnete sowie Bürgerinnen und Bürger zu Opfern der Nationalsozialisten geworden waren.

Immer haben sich sozialdemokratische Kanzler für die Völkerverständigung eingesetzt und Frieden und Freiheit gestärkt. Willy Brandt hat unser Land mit Osteuropa versöhnt und dafür den Friedensnobelpreis erhalten. Unvergessen bleibt auch sein Kniefall in Warschau als Symbol der Bitte um Vergebung an unsere polnischen Nachbarn. Helmut Schmidt wird international als großer Europäer verehrt und hat in Zeiten der terroristischen Bedrohung durch die RAF den inneren Frieden bewahrt. Später haben wir eine deutsche Beteiligung am Irakkrieg verhindert und stehen heute an der Seite der Ukraine, in deren Kampf um Selbstbestimmung, Demokratie und Freiheit.



Gedenkkonzert „80 Jahre Zerstörung der Salvatorkirche“

Die Salvatorkirche prägt seit über 700 Jahren unsere Stadt. Sie ist ein markantes und über die Stadtgrenzen hinaus bekanntes Wahrzeichen Duisburgs. Dass der Turmhelm nicht wieder aufgebaut wurde, erinnert uns bis heute an die Zerstörung der Kirche vor 80 Jahren. Er ist ein weithin sichtbares Symbol für die Schrecken des Krieges und dafür, dass Frieden keine Selbstverständlichkeit ist.

Und auch für den Zusammenhalt unserer Stadtgemeinschaft ist die Salvatorkirche im Herzen Duisburgs von unschätzbarem Wert. Daher ist es auch mir wichtig, diesen Ort zu erhalten – für uns und für kommende Generationen. Als Duisburger Bundestagsabgeordnete und als Mitglied im Bauverein Salvatorkirche habe ich daher nicht gezögert, Schirmfrau des Gedenkkonzerts anlässlich des 80. Jahrestages der Zerstörung der Salvatorkirche zu werden und den Bauverein so dabei zu unterstützen, diesen Ort auch für die Zukunft zu bewahren.

Herzlichen Dank an all diejenigen, die dieses musikalische Highlight ermöglicht haben: Die Musikerinnen und Musiker der Kantorei der Salvatorkirche und die Duisburger Philharmoniker unter der Leitung von Marcus Strümpe. Aber ich danke auch allen Konzertbesucherinnen und -besuchern, die mit ihrer Spende zum Erhalt der Salvatorkirche beigetragen haben. Es war ein sehr schöner und bewegender Abend.



Mit dem Bundespräsidenten zu Gast bei Thyssenkrupp



Mit Frank-Walter Steinmeier, dem NRW-Ministerpräsidenten Hendrik Wüst, meinem Duisburger Bundestagskollegen Mahmut Özdemir und dem Duisburger Oberbürgermeister Sören Link habe ich Anfang Mai das Thyssenkrupp-Stahlwerk in Duisburg besucht. Durch den Bau einer Direktreduktionsanlage soll es hier ab 2026 möglich sein, Stahl klimaneutral zu produzieren.

Duisburg ist der ideale Standort, um zu beweisen, dass die Produktion von grünem Stahl auch flächendeckend umsetzbar und wirtschaftlich ist. Die geplanten Investitionen in den Bau einer Direktreduktionsanlage sind für Duisburg, aber auch für ganz Deutschland von großer Bedeutung. Sie dürfen nicht in Frage gestellt werden, so wie es aktuell geschieht.

Ich stehe daher an der Seite der Beschäftigten und unterstütze die Forderung der Arbeitnehmervertreter: Die geplante Großinvestition darf nicht gefährdet werden, die zugesagten Fördermittel müssen fließen. Davon profitieren nicht nur Duisburg und das Ruhrgebiet, sondern ganz Deutschland. Ich danke dem Bundespräsidenten, dass er dieses richtungsweisende Projekt besucht und so seine Unterstützung dafür deutlich gemacht hat.



Mein Tagebuch

Auch bei uns in Deutschland werden noch immer Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung diskriminiert oder bedroht. Dagegen setze auch ich jedes Jahr am 17. Mai, dem Internationalen Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie ein Zeichen und will so diejenigen unterstützen, die auch heute noch für ihre Akzeptanz in unserer Gesellschaft kämpfen müssen, weil sie schwul, lesbisch, bi, trans, inter oder queer sind. Es ist mir ein Herzensanliegen, in einer offenen Gesellschaft zu leben, in der wir uns gegenseitig mit Respekt begegnen – unabhängig von sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität.

Jeder Art von Diskriminierung, Anfeindung oder Bedrohung müssen wir entschieden entgegentreten. Niemand soll sich verstecken oder in Angst leben müssen. Stehen wir gemeinsam ein: Für Akzeptanz, Respekt und Vielfalt.

Als starkes Zeichen der Solidarität mit queeren Menschen und für mehr Toleranz und Respekt wehte zum Internationalen Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie erneut die Regenbogenflagge auf und am Reichstagsgebäude, so wie erstmals im vergangenen Jahr zum Berliner Christopher Street Day.



Die erste Regenbogenflagge, die im letzten Sommer über dem Reichstag gehisst wurde, habe ich Mitte Mai dem Deutschen Historischen Museum (DHM) übergeben. Sie bekommt in der dortigen Sammlung für Alltagskultur einen dauerhaften Platz. Vielen Dank an den Direktor der Stiftung Deutsches Historisches Museum, Prof. Dr. Raphael Gross, und den Sammlungsdirektor der Stiftung Deutsches Historisches Museum, Fritz Backhaus, die dies möglich gemacht haben.

Bis zum nächsten Mal,
ich freu mich drauf!

Impressum und Kontakt

V.i.S.d.P.:

Bärbel Bas, MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030/227-75607, Fax: 030/227-76607

baerbel.bas@bundestag.de, www.baerbelbas.de

Meine Datenschutzerklärung finden Sie hier:
<https://www.baerbelbas.de/kontakt/datenschutz.html>.

Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr bekommen möchten, können Sie sich hier jederzeit abmelden:
<https://www.baerbelbas.de/medien/newsletter-abo.html>



Neues zum Schluss